

Arbeiterzeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

**Sammelt
für Mansfeld!**
Mansfeld muß siegen!

6. Jahrgang **Dresden, Sonnabend den 19. Juli 1930** Nummer 166

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ruft:

Kämpft für die Diktatur des Proletariats!

Manifest des ZK der KPD an die Werktätigen in Stadt und Land

Berlin, den 19. Juli.

Das Zentralkomitee der KPD erläßt im Anschluß an die Auflösung des Reichstags ein Manifest an die Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten, Beamten und Schaffenden Bayern. Es wird dort noch einmal die Kammerlichkeit und Ausweglosigkeit des Parlaments und der Regierung gezeigt, die beide versuchten, aus der furchtbaren kapitalistischen Krise mit dem Artikel 48 herauszukommen. Die Errichtung der Herrschaft des Diktaturartikels 48 und die Auflösung des Reichstags sind entscheidende Schritte auf dem Wege zur faschistischen Diktatur. Sie gehen von einer Regierung aus, die von den Werktätigen verhaßt ist. 3 Millionen Erwerbslose, über 2 Millionen Kurzarbeiter, Hunderttausende vom Ruin bedrohter Kleinbauern, immer neue, unlösbare Finanzkrisen in Reich, Ländern und Gemeinden — das sind die Tatsachen, die das kapitalistische Preussendeutschland der Katastrophe entgegen-treiben. Während die kapitalistische Klasse und ihre Vertreter in den bürgerlichen Parteien den Ausweg in der faschistischen Diktatur suchen und dabei die Unterdrückung der Sozialdemokraten erhalten, die faschistischen Herden der Nazis mit ihrem Blutterror den Weg vor-bereiten,

zeigt allein die Kommunistische Partei mit dem Sturz des kapitalistischen Raubsystems, der kapitalistischen Ausbeutung, der Zertrümmerung des Finanzkapitalismus durch den revolutionären Freiheitskampf der arbeitenden Massen in Stadt und Land, durch die Errichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern in einem Sowjetdeutschland den Ausweg.

Das Manifest schließt mit den Worten:

In allen Betrieben, auf den Stempelstellen, in jedem Büro und jeder Amtsstube, auf jedem Gutshof, in jedem Bauernhof — heran an die

Organisierung des Massenkampfes

Wenn die faschistische Hungerregierung Brüning-Hindenburg beantwortet den neuen Steuerraub mit den Offensive der Arbeiter, Angestellten und Beamten für Lohn- und Gehaltserhöhung, Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich. Schließt das Kampfbündnis zum Massenwiderstand, Sabotage und Steuerstreik gegen den gesetz- und verfassungswidrigen Steuerraub durch den Artikel 48. Keine Kommune

darf den verfassungswidrigen Steuerraub durchführen, kein Unternehmer darf die Artikel-48-Steuer vom Gehalt und Lohn abziehen.

Rüflet zum revolutionären Massenaufmarsch am 1. August gegen Kriegsgefahr und faschistische Diktatur.

Der kommende Reichstagswahlkampf muß eine breite außerparlamentarische Massenaufrüttlung im Zeichen der proletarischen Einheit, im Zeichen des antifaschistischen Massenkampfes sein für die proletarische Diktatur, für ein sozialistisches Deutschland der befreiten Arbeiter im Bündnis mit den werktätigen Bauern.

Neuwahl am 14. September

Berlin, den 19. Juli.

Das Reichskabinett ist kurz nach der Auflösung des Reichstags zu einer Sitzung zusammengetreten, in der beschlossen wurde, die Neuwahl am 14. September durchzuführen.

Massensturm gegen Brünings Raubzug

Berlin, den 19. Juli.

Der Reichspräsident hat die vom Reichstag abgelehnte Notverordnung wieder aufgehoben. Die Regierung will mit aller Beschleunigung eine Notverordnung auf Grund des Artikels 48 erlassen, durch die die Ausplünderung der Massen in dem Maße erfolgen soll, wie alles Erwartete übertrifft. Durch die neue Notverordnung sollen die jetzt hohen abgelehnten Massensteuern wiederkommen, außerdem soll aber ein Sturmangriff auf die sozialen Gesetze, insbesondere die Arbeitslosenversicherung unternommen werden. Diese Ankündigung dieses neu geplanten Raubzuges an den Erwerbslosen und den Rentnern, an den Vermitteln des Volkes, muß einen Massenprotest auslösen, muß eine Massenabotage dieses Diktaturartikels in den Betrieben, in den Gemeinden, überall hervorgerufen.

Es wird damit gerechnet, daß die Brüning-Hindenburg-Regierung diese neuen Verordnungen bereits am Mittwoch erläßt.

Die ausproch. Unter härmlichem Beifall sprachen die Vertreter der KPD für die Weiterführung des Streikes.

In Eisleben demonstrierten die Streikenden vor das Volkshaus. Hier fand eine von der Gewerkschaftsbürokratie einberufene Gewerkschaftsversammlung statt. Unter dem Beifall der organisierten Kollegen sprach sich eine anschließende große Kundgebung gegen den reformistischenerrat ab.

In Hildta, der reformistischen Hochburg, in Gerbstedt, Klotzermansfeld, überall wurden die reformistischen Bonzen durch organisierte Arbeiter, durch Hunderte von sozialdemokratischen Funktionären, härmlich unterbrochen, weil sie sich für den 2-Prozentigen Lohnabbau einsetzten.

In Wimmelsburg hatten die Gewerkschaften eine Versammlung einberufen, die außerordentlich gut besucht war. Vor dem Lokal fanden die Unorganisierten und forderten Einlass. Die Opposition erzwang durch Abstimmung in der reformistischen Versammlung, daß die unorganisierten streikenden Arbeiter zugelassen werden mußten. Mit überwältigender Mehrheit wurde das Votum für den Lohnabbau unter die Mansfeld-Direktion und ihre sozialfaschistischen Helfer abgelehnt.

Wenn es auch den Gewerkschaftsbürokraten gelungen ist, unter den reformistischen Funktionären volle Vermittlung anzuknüpfen, so haben doch die Vorgänge klar und deutlich bewiesen, daß die organisierten Arbeiter über die Köpfe der Vertreter hinweggehen. Sie zeichnen sich ein in die Listen der KPD, die auch für ihre Unterstützung sorgen wird und sie schließen sich den oppositionellen Streikleitungen an. Den Gewerkschaftsbürokraten wird dieser Berrat teuer zu stehen kommen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat bewiesen, daß sie die einzige Führerin in allen Kämpfen der Arbeiterklasse ist. Durch die großen Sympathieerhebungen der streikenden Mansfelder Arbeiter wird sie alles versuchen, den Lohnraub abzumehren.

Die faschistischen Arbeiter müssen den Kampf für die KPD und die Vorbereitung für den 2. Landeskongreß am 2. und 3. August verstärken, um den Einfluß der Streikabwürger in den Betrieben zu beseitigen.

Der Einundfünfzigste!

Der 4. Straßennat in Leipzig verurteilte den Genossen Franz Jarczyk wegen Hochverrats, den er durch „Zerlegung“ der Reichswehr begangen haben soll, zu 14 Jahr Zerstörung. Die Hindenburg Polizei hatte für diesen Prozeß ihren Spindelapparat in Leipzig aufmarschieren lassen. Die Aussagen eines 15-jährigen Jungen dienten dem Lorenz-Senat dazu, dieses unerhörte Urteil zu fällen.

Die Kommunistische Partei wird sich dadurch nicht einschüchtern lassen und für die Interessen der Reichswehrsoldaten, für menschenwürdige Behandlung weiterkämpfen.

51 Verbote

In der Umgebung von Halle sind von den verschiedenen Amtsvorlebern und Polizeiamtären bis jetzt 51 Verbote gegen das Welttreffen der Arbeiter, und Bauernkinder beim Stot-Komitee in Halle eingelaufen. Der Massenkampf schreibt dazu: „Die 51 Verbote heißen für uns: 51 neue Ortsgruppen von Jungpionieren gründen.“ Er fordert alle auf, nun erst recht zu rücken zum Kinderwelttreffen in Berlin.

Streik gegen das „Sozialversicherungsgesetz“

Paris, den 18. Juli.

Wegen die Einbehaltung der Arbeiterbeiträge für das neue Gesetz der Sozialversicherung von den Löhnen sind im Gebiet von Rouen 5000 Textil- und Metallarbeiter in den Streik getreten.

Massenprozeß gegen koreanische Kommunisten in Japan

Tokio, den 16. Juli.

Gegen die am 19. Januar 1929 in Japan verhafteten 300 Koreaner, die angeklagt sind, im Frühling 1927 in Japan das koreanische Büro der Kommunistischen Partei gestiftet zu haben, an dessen Spitze Bokuratschi, Komaguni und andere standen, ist nunmehr der Prozeß eröffnet worden. In Osaka und Kioto sind einige Koreaner wegen der Organisierung des koreanischen kommunistischen Jugendverbandes zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden.

Die Antwort der Arbeiter

Mauen, den 19. Juli.

Die Belegschaft der Firma Romag, Mauen, ist heute beschlossen in den Streik getreten.

Belegschaft Bachmann & Ladewig zum Kampf entschlossen

Chemnitz, den 17. Juli 1930.

Nachdem die Belegschaft des Textilbetriebes Bachmann u. Ladewig den von der Firma geforderten Lohnabbau von 20 bis 40 Prozent einmütig abgelehnt hatte, ließ die Direktion erklären, daß sie „nur“ noch auf einem Lohnabbau von 10 bis 20 Prozent bestche.

Die heute stattgefundene Betriebsversammlung lehnte auch dieses Ansuchen mit überwältigender Mehrheit ab. Die Belegschaft ist unter keinen Umständen gewillt, zuzulassen, daß auch nur ein Pfennig von den bestehenden Löhnen abgebrochen wird.

Alle Welttreffen-Teilnehmer (auch die Eltern der Kinder) kommen am Montag, dem 21. Juli, 19.30 Uhr in Müllers Restaurant, Schülerstraße, zusammen. Aller Erscheinen ist unbedingt notwendig!

Empörung in Mansfeld über den reformistischenerrat

Die reformistischen Führer in den Gewerkschaften und der Preußenregierung haben gemeinsam mit der Direktion der Mansfeld AG hinter verschlossenen Türen denerrat der kämpfenden Arbeiter beschloffen. Durch Subventionen aus den Steuergeldern der Proleten sollen der Mansfeld AG die Projekte gesichert werden. Den Proleten aber soll der Hungerlohn noch um 9,5 Prozent gekürzt werden und außerdem sollen sie auch auf den tariflichen Urlaub verzichten. Die Streikkräfte sollen durch ein verhängnisvolles Antireisegesetz, durch den Ausfall des Urlaubs wettgemacht werden. Auf diesenerrat der Gewerkschaftsböngonen geht ein Sturm der Entrüstung durch die Proletenmassen im Mansfelder Land.

In Gerbstedt konnten die reformistischen Führer eine von ihnen einberufene Versammlung nicht durchführen. Über 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen fanden auf dem Marktplatz und verlannten, daß dort die sogenannten Führer zu ihnen sprechen sollten. Aber die Vertreter waren zu feig. Sie fürchteten das Volksgewicht. Als nachmittags ein Vertreter der KPD aus den Gerbstedter Arbeitern sprach, befanden 1000 Proleten ihre Kampfbereitschaft. Feige drückten sich während dieser Zeit, als die Arbeiter mit dem schändlichenerrat der reformistischen Führer abrechneten, jene „Volkshüter“ in den angrenzenden Straßen herum. Als sie immer wieder von den Arbeitern, auch von den sozialdemokratischen Funktionären aufgefordert wurden, ihren arbeitserfeindlichen Pakt mit den Unternehmern vor aller Öffentlichkeit zu begründen, da rühten sie aus.

In Leimbach löh die Versammlungsleitung samt den Jungen durch das offene Fenster, als die Versammlung sich gegen